

Wie Schulen mit Drohungen umgehen

Nach Terror-Mail: Diskussionen über angemessene Information der Eltern

Sollten Schulen die Kinder und Eltern über Terrordrohungen schnell und umfassend informieren, auch wenn es sich um Fälschungen handelt? Die Droh-Mail, die vorige Woche vier Osnabrücker Gymnasien erreichte, hat eine Debatte über die Informationspolitik ausgelöst. Ein Experte für Krisenkommunikation empfiehlt Zurückhaltung.

Von Claudia Scholz

OSNABRÜCK. Ein Unbekannter hatte am Montag, 17. Oktober, eine gleichlautende Mail an zahlreiche Schulen bundesweit verschickt. Er kündigte darin eine Gewalttat für 10 Uhr an. Die Polizei entlarvte die Mail schnell als leere Drohung. Die Nachricht verbreitete sich in den sozialen Medien rasend schnell. Eltern vermissten aber eine aufklärende Mitteilung der Schulen oder der Landesschulbehörde.

Der Experte für Krisenkommunikation Pietro Nuvoloni empfiehlt in solchen Situationen: „Nach Abschätzung der Gefahrensituation kommt es darauf an, die Information an die unmittelbar Beteiligten gezielt zu steuern.“ Nuvoloni ist Chef von „Dictum Media“, einer Agentur für Krisenkommunikation, die große Unternehmen in Notlagen berät. Eine ungesteuerte Kommunikation kann seiner Meinung nach zu Panik, Hysterie und unkontrollierten Handlungen führen.

Kurzes Schreiben

Die Ängste der Eltern müssten die Schulen ernst nehmen, den Sachverhalt aber auch in eine Verhältnismäßigkeit setzen, so der Krisenexperte. Ein kurzes erläuterndes Schreiben an die Eltern sei in diesem Fall ausreichend. Im Schreiben sollte



Auch das Graf-Stauffenberg-Gymnasium in Osnabrück erhielt am 17. Oktober einen Drohbrief per E-Mail. Foto: Jörn Martens

deutlich werden, dass „die Schuleinrichtung alles unternimmt, um eine potenzielle Gefährdungslage abzuwenden und die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten“, so Nuvoloni.

Hätten die Schulen Stellungnahmen auf Facebook veröffentlichen sollen, um Eltern und Schüler über die Lage aufzuklären? Nuvoloni sagt Nein: „Ein Posten auf Social-Media-Plattformen hielte ich in diesem Fall für falsch, weil es dem Vorfall eine unverhältnismäßig hohe Bedeutung zu billigen würde.“

Soziale Netzwerke seien Beschleuniger von Informationen. Auch hier gelte es, wichtige Informationen zunächst nur an diejenigen zu richten, die unmittelbar beteiligt seien. Generell solle bei solchen Fällen eine restriktive Informationspolitik betrieben werden, damit möglichen Nachahmern keine Plattform geboten werde.

Die vier betroffenen Osnabrücker Gymnasien handel-

ten so. Josef Krotzek, Leiter des Graf-Stauffenberg-Gymnasiums, informierte Schüler und Eltern zunächst nicht, weil er keine „unnötige Sorge und Panik auslösen“ wollte. Er entschied sich, keinen Rundbrief an die Eltern zu schreiben. Weil die „Beunruhigung nicht so groß“ gewesen sei und weil er wusste, dass bald die Elternratssitzung stattfinden würde. Krotzek informierte den Schulvorstand.

„Unnötige Sorge“

Aus der Schülerschaft habe es akut und an den darauffolgenden Tag keine Anfragen gegeben, das Thema sei nicht weiter in den Klassen besprochen worden. Am Folgetag hätten zwei beunruhigte Eltern angerufen, denen habe er die Situation erklärt. Eine Mutter soll ihr Kind am Dienstag nicht zur Schule geschickt haben.

Das Sekretariat der Schule habe die Drohmail erst gegen halb 9 Uhr entdeckt. Als der

Schulleiter sich bei der Polizei meldete, war dort schon bekannt, dass mehrere Schulen in ganz Deutschland betroffen waren.

Für den Terrorfall gebe es ein Falblatt, das die wichtigsten Schritte auflistet und den Lehrern vorliegt. Darunter die Punkte: Polizei anrufen, Türen schließen, Schränke vor die Türen schieben, Verstecken in nicht einsehbaren Winkeln. Anfang des Schuljahres sei besprochen worden, was im Falle eines Amoklaufes zu tun sei. Die Polizei habe davon abgeraten, den konkreten Fall einer Terrorbedrohung in der Schule zu üben, da es Ängste schüren könnte, sagt der Schulleiter.

Das Sekretariat des Ratsgymnasiums entdeckte die Mail bereits kurz vor halb sieben Uhr, Polizei und Landesschulbehörde seien informiert worden, so Schulleiter Lothar Wehleit. Um kurz nach sieben Uhr sei von ihm das Krisenteam einberufen

worden. Die E-Mail sei zu dem Zeitpunkt sehr ernst genommen worden, weil darin eine Verbindung zu IS-Aktivitäten angedeutet war. Außerdem habe man noch nicht geahnt, dass viele Schulen einen ähnlichen Brief erhalten hätten. Der Schulleiter informierte den Vorsitzenden des Schulleiternrats. Um halb neun kam von der Polizei der Hinweis, dass auch andere Schulen betroffen waren.

Damit sei klar gewesen, dass eine Evakuierung voraussichtlich nicht notwendig werden würde. Der Schulleiter setzte das Lehrerkollegium in Kenntnis. Vor den Schülern hielt sich die Schulleitung erst mal bedeckt.

Die Landesschulbehörde hatte die Schule angewiesen, dass um 10 Uhr, für die Zeit, die in dem Drohbrief genannt war, der schulinterne Notfallplan ausgelöst werden sollte. Diese Anweisung habe das Ratsgymnasium für eine halbe Stunde befolgt. Die Schüler hätten dadurch

Kenntnis davon erhalten, dass etwas vorgefallen war. Details konnten die Lehrer aber den Schülern zu dem Zeitpunkt noch nicht sagen.

Wenige Nachfragen

Am Nachmittag schickte der Schulleiter eine E-Mail mit einer Schilderung der Ereignisse an die Klassenelternratsvorsitzenden. Diese leiteten die Mail an die Eltern weiter, so Wehleit. Das sei der schnellste Weg gewesen, Eltern und Schüler zu informieren. Noch bevor jene Mail rausging, hätte „nur eine Handvoll Eltern“ am Montag angerufen, um sich zu den Ereignissen um den Drohbrief zu erkundigen. Wenige Nachfragen habe es am Dienstag gegeben.

Das Gymnasium Carolinum informierte die Mitglieder des Schulleiternrats am Mittwoch über den Vorfall. Der Vorfall habe aber nicht an erster Stelle der Tagesordnung gestanden. „Wir wollten keine Aufgeregtheit. Die Eltern waren überwiegend einverstanden mit unserer Vorgehensweise. Sie waren nicht übermäßig besorgt und fanden, dass sich die Schule richtig verhalten habe“, sagte Schulleiter Helmut Brandebusemeyer. Die Schüler habe man in den jeweiligen Klassen nicht informiert.

Das Gymnasium „In der Wüste“ hatte ebenfalls eine Terrordrohung per Mail erhalten, wollte sich dazu aber nicht weiter äußern.

Verdeckte Polizei

Polizisten in Zivil sicherten die betroffenen Schulen an jenem Montag. Die Schüler hätten davon meist nichts gemerkt, so eine Polizeisprecherin. Die Landesschulbehörde stand in engem Kontakt zur Polizei: „In Abstimmung mit der Polizei hat keine Evakuierung der Gebäude stattgefunden“, sagte Bianca Schöneich, Pressesprecherin der niedersächsischen Landesschulbehörde.